



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/205 - 6. September 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 1831-33
Fernschreiber 0 886 890

Einweise
auf den Inhalt:

Zum Bonner Memorandum an Moskau
Dureheinander um eine Denkschrift
Schweden wählt
Sieben Jahre Bundestag

5.
8. 2a
7. 3
8. 0

Rückgriff auf den Eden-Plan?

G.M. Es ist mit ziemlicher Sicherheit anzunehmen, dass die Bundesregierung an Moskau zur deutschen Wiedervereinigung auf dem berühmten Eden-Plan anspricht, den der britische Außenminister im Jahr 1946 in die internationale Diskussion über das Deutschlandproblem geworfen hatte. Dieser Eden-Plan sah eine entmilitarisierte Sicherheitszone im Herzen Europas vor, die den Russen die Gewähr bieten sollte, dass in diesem Gebiet keine militärischen Massnahmen ohne gegenseitige Kontrolle durchgeführt werden.

Damals hat die Bundesregierung diesen Vorschlag Edens mit der Begründung zurückgewiesen, er könne zu einer Neutralisierung Deutschlands zwischen den Machtblöcken führen. Eine solche Neutralisierung sei aber praktisch ein militärisches Vakuum, welches die Deutschen schützen lasse. Im Gegensatz zum Eden-Plan bestand Adenauer auf der Einbeziehung der Bundesrepublik in die atlantische Verteidigungsorganisation, wobei er stets durchblicken liess, dass auch ein wiedervereinigtes Deutschland der NATO angehören sollte.

Auf Grund einer massiven Intervention der Bundesregierung haben die Westmächte seinerzeit darauf verzichtet, den Eden-Plan auf der Londoner Außenministerkonferenz im Herbst 1955 ernsthaft zur Diskussion zu stellen. Sie provozierten gewissermassen das Ngjet der Russen dadurch, dass sie im ersten Anlauf der Diskussion die Sicherheitszone im Osten und Westen der Oder-Neisse-Linie angelegt wissen wollten, was praktisch

bedeutet hätte, dass die jetzige sogenannte DDR und weite Teile von Polen entmilitarisiert werden würden, die Bundesrepublik aber Aufmarschgebiet und Mitglied der NATO bleiben sollte.

Molotow drehte damals in Genf zunächst den Spiess um. Er erklärte sich im Prinzip mit der Schaffung einer Sicherheitszone einverstanden, nahm aber den ursprünglichen Eden-Plan auf, der verlangte, dass die Achse dieser Zone am jetzigen Eisernen Vorhang liegen müsste. Dies wiederum hätte bedeutet, dass die Bundesrepublik mindestens bis zum Rhein und auf der anderen Seite die sowjetisch besetzte Zone militärisch kontrolliert werden sollten.

Die Genfer Konferenz scheiterte an diesem Punkt. Sie schleppte sich nach der Feststellung der Unversöhnlichkeit beider Standpunkte noch zehn Tage hin, um dann ein unglückliches Ende zu nehmen.

Wenn die Bundesregierung jetzt, mit einer Jahr Verspätung, den Eden-Plan wieder aufnimmt, dann tut sie es, in einer wesentlich schlechteren Situation als derjenigen, in der sie ihn damals ablehnte. Vor einem Jahr hatte sich Molotow noch nicht absolut auf die Formel festgelegt, die deutsche Wiedervereinigung werde zunächst zwischen Pankow und Bonn ausgehandelt werden müssen. Heute ist dies der Fall, und deshalb erwartet man in Bonn mehr oder weniger, dass Moskau Adenauers Vorstoss mit der Aufnahme des Eden-Planes als ein Ausweichmanöver vor der Forderung betrachten werde, Bonn und Pankow sollten sich "an einen Tisch setzen".

Wir verzichten hier ausdrücklich, auf die in der deutschen und ausländischen Presse bereits geäußerten Motive für das Wiederaufgreifen des Eden-Planes einzugehen. Das würde zu nichts führen. Es scheint uns aber notwendig darauf hinzuweisen, dass Adenauer mit diesem Schritt ein freiwilliges oder unfreiwilliges Eingeständnis der Richtigkeit der sozialdemokratischen Haltung in dieser Frage macht. Die SPD hatte damals den Eden-Plan zwar nicht als eine ideale Lösung betrachtet, aber mit Nachdruck darauf verwiesen, dass er wenigstens einen Anhaltspunkt für weitere Verhandlungen mit den Russen biete. Im Gegensatz dazu blieb die Bundesregierung bei ihrer Politik, deren höchste Weisheit in der Eingliederung der Bundesrepublik in die NATO bestand und wohl auch heute noch besteht.

Dass man damals im Zusammenhang mit dem Eden-Plan das Problem der kollektiven Sicherheit unter Beteiligung eines wiedervereinigten Deutschlands mit gleichen Rechten und Pflichten hätte ansteuern müssen, wurde von der Bundesregierung als "illusorisch" zurückgewiesen. Es bleibt abzuwarten, wie Moskau jetzt reagieren wird, aber auch, welche Konsequenzen die Westmächte aus dieser Schaukelpolitik Adenauers ziehen werden.

Innenpolitische Beruhigung als Hauptzweck

sp. Das Durcheinander im Zusammenhang mit der inzwischen zu einer Denkschrift degradierten Note der Bundesregierung an Moskau in der Wiedervereinigungsfrage hat inzwischen beträchtlichen Umfang angenommen.

Hies es noch vor kurzen, die Bundesregierung stehe wegen dieser beabsichtigten Note in ständigen engem Gedankenaustausch mit den Westmächten, so wird jetzt plötzlich erklärt, Bonn habe diese Mächte nicht konsultiert, sondern mit ihnen in dieser Frage nur Kontakte aufgenommen, ein Unterschied, über den man sich nun den Kopf zerbrechen kann.

War ursprünglich und offiziell von einer Note der Bundesregierung die Rede, die allen vier Mächten zugestellt werden sollte, so ist jetzt lediglich die Sowjetunion als Empfänger vorgesehen, die Westmächte erhalten lediglich eine Durchschrift des Originals. Und in der Tat wäre es ja auch unsinnig, jemandem feierlich eine Note zu überreichen, die man mit ihm in "nicht abraisenden" Gedankenaustausch besprochen hat, auch wenn daraus inzwischen nur Kontakte geworden sind.

Die Hinweise auf den Inhalt sind einstweilen sehr lückenhaft. Immerhin erklärte ein Sprecher der Regierung, das Memorandum richte sich deswegen an die Sowjetunion, weil sie der Wiedervereinigung Schwierigkeiten bereite, während die Westmächte die Herstellung der deutschen Einheit unterstützten. Daraus könnte man schliessen, dass es sich im wesentlichen um eine Zusammenstellung von Vorwürfen gegen die sowjetische Haltung handeln wird. Sie wird wirkungsvoll untermauert von der ausgerechnet zwei Tage vorher erfolgten Überreichung einer scharfen Protestnote der Bundesregierung an Moskau in der Frage der Konsularrechte. Das muss unausbleiblich eine besonders schlechte Atmosphäre für die Aufnahme der Denkschrift zur Wiedervereinigungsfrage schaffen. Es ist undenkbar, dass die Regierung diesen Zusammenhang übersehen konnte.

Deshalb drängt sich die Vermutung auf, dass der Bundesregierung gar nichts an einem guten Klima bei der Überreichung ihrer Denkschrift gelegen ist, und dies wieder ist ein schlechtes Zeichen für die Ernsthaftigkeit ihres Willens, wirklich verhandlungsfähige Vorschläge in der Wiedervereinigungsfrage zu machen. In Bonn ist man deshalb der Auffassung, der Hauptzweck der Denkschrift dürfte wohl darin liegen, die öffentliche Meinung in der Bundesrepublik im Hinblick auf den weit verbreiteten Vorwurf zu beruhigen, die Regierung lasse in der Frage der Wiedervereinigung in sträflicher Weise die Zügel schleifen.

* * *

Um die Vervollkommnung des Sozialstaates

R.H. Stockholm

Mit traditioneller Noblesse und mit einer - gemessen an den Wahlkämpfen anderer Länder - wohltuenden Sachlichkeit haben die schwedischen Parteien die Propaganda für die am 16. September stattfindenden Parlamentswahlen begonnen. Es handelt sich um die Zusammensetzung der Zweiten Kammer des schwedischen Reichstages, deren 230 Mitglieder in direkter Wahl jedes vierte Jahr gewählt werden. (Die Mitglieder der Ersten Kammer werden von den Provinzkörperschaften gewählt).

In der bisherigen Zweiten Kammer verfügten die Sozialdemokraten über 110 Sitze, die liberale "Folkparti" über 59, die konservative "Högern" über 31, die Bauernpartei über 25 und die Kommunisten über fünf Sitze. Die aus Sozialdemokraten und Bauernpartei bestehende Regierung stützt sich demnach gegenwärtig auf eine Mehrheit von 135 von 230 Mandaten. Solange diese Koalition bestehen bleibt, haben die beiden bürgerlichen Parteien nicht die geringste Chance, eine Reichstagsmehrheit zu gewinnen, ganz abgesehen davon, dass ihnen auch ein gemeinsames Programm als Alternative zur gegenwärtigen Regierungspolitik abgeht.

Die Sozialdemokraten, welche ihren Anteil an den Wählerstimmen von 46,1 Prozent bei den Reichstagswahlen 1952 auf 47,8 Prozent bei den Gemeindewahlen 1954 erhöhten, könnten bei gleichbleibender Tendenz einen Zuwachs von 4 - 5 Mandaten erwarten, wodurch sie in die Nähe der alleinigen Mehrheit kämen. Ein Mandatgewinn ist wahrscheinlich, da in einigen Wahlkreisen hierzu nur wenige hundert Stimmen erforderlich sind, allerdings würde gerade in diesen Wahlkreisen die Bauernpartei, also der Koalitionspartner, der Verlierer sein. Eine ähnliche Tendenz ist im bürgerlichen Lager, in welchem "Högern" mit weiteren Gewinnen, vor allem auf Kosten der "Folkparti", rechnet (Högerns Stimmenanteil stieg von 1952 bis 1954 von 18,2 auf 19,5 Prozent, während jener der "Folkparti" von 36,3 auf 31,2 Prozent zurückging).

Die Kommunisten dürften den Stimmenanteil von 1954 (7,9 Prozent gegen 6,5 Prozent im Jahre 1952) kaum halten können. Der kürzlich aufgedeckte Spionagefall, der Moskaus Interesse an den schwedischen Radar-Verteidigungsanlagen bloßlegte, hat erhebliches Aufsehen erregt und dürfte den Kommunisten schaden, obwohl ihre Parteizeitung die

Handlungsweise ihres eigenen Parteigängers als Landesverrat gebrandmarkt hat - allerdings ohne zu erwähnen, dass der Auftraggeber ein Sowjetdiplomate gewesen ist. Ausserdem ist die Partei durch den neuen Kurs in Moskau sehr verwirrt und blossgestellt worden.

Die Schwäche der Konservativen

Die konservative Högerpartei stellt dem sozialdemokratischen Streben nach Vervollkommenung des Sozialstaates mit seiner Sicherung der Bevölkerung gegen Notlagen aller Art das Prinzip der persönlichen Verantwortung gegenüber - man könnte es auch Prinzip des persönlichen Risikos nennen. Diese Einstellung könnte junge Wähler beeindrucken, da sie selbst in Schweden die verheerenden Auswirkungen dieses Prinzips auf die Minderbemittelten nicht mehr erlebt haben. Högers spekuliert darauf, dass Sozialbeiträge aller Art von vielen, solange sie nicht selbst in Not geraten, als unangenehme Last empfunden werden. Als besonderen Wahlschlager propagiert Höger eine Senkung der Steuern um 825 Millionen Kronen, wobei vor allem die Einkommensschichten über 10.000 Kronen begünstigt werden sollen. Der ehemalige Finanzminister Sköld hat diesen Plan als naiven Bluff charakterisiert. - Auch die liberale Folkparti bedient sich des allzeit populären Argumentes einer Steuersenkung, allerdings in etwas bescheideneren Rahmen als Höger. Beide Parteien werden mit diesem Schlager nur wenig ausrichten, denn die Regierungsmehrheit hat neuer bereits eine Steuersenkung um 375 Millionen Kronen beschlossen, welche vor allem den niedrigen Einkommensgruppen zugunsten kommt, und bereitet im Zusammenhang mit einer Neugestaltung der Gemeindefinanzierung weitere Steuererleichterungen vor.

In der sozialdemokratischen Propaganda stehen eine Erhöhung des staatlichen Kinderbeitrages; die Verkürzung der Arbeitszeit und die Einführung der obligatorischen Alterspension neben der bereits bestehenden Volkspension im Vordergrund (beide Pensionsformen erfassen nicht nur die Arbeitnehmer, sondern das ganze Volk; die Volkspension in gleicher Höhe ohne Rücksicht auf die frühere Einkommenshöhe, die Alterspension gestaffelt nach dem Durchschnittseinkommen).

Die wirtschaftliche Lage des Landes ist gut. Das ständige Katastrophen-Unken der bürgerlichen Parteien ist von der Wirklichkeit so widerlegt worden, dass es seine Wirkung vollkommen eingebüsst hat. Die Vollbeschäftigung bei hohen Löhnen hält an und der Wirtschaftspolitik

der Regierung ist es auch gelungen, die Kaufkraft der Krone nun intakt zu halten. Angesichts dieser Sachlage droht den Sozialdemokraten eine einzige Gefahr, groteskerweise von den eigenen Anhängern: wenn ein Teil von ihnen im Vertrauen darauf, dass der sozialdemokratische Erfolg ohnedies sicher sei, von der Wahlurne fernbliebe, könnten die Wahlergebnisse dort, wo wenige Stimmen über Mandatgewinn-oder-verlust entscheiden, leicht zu unerwarteten Verzerrungen führen.

* * *

In Lebensfragen nicht vorangekommen

FR. Am 7. September 1956 werden die öffentlichen Gebäude in der Bundesrepublik beflaggt sein. Leider könnte man heute schon fast todsichere Wetten darüber abschliessen, dass 95 % der Bevölkerung nicht wissen werden, warum. Sie werden nicht wissen, dass am 7. September 1949 also vor sieben Jahren, der Deutsche Bundestag zum ersten Male zusammentrat und es damit seit 16 Jahren wieder ein freies Parlament in Deutschland gab.

In einem Satz fasste damals Alterspräsident Paul Löbe zusammen, was das deutsche Volk sich von der Arbeit des Bundestages und der Bundesregierung erhoffte:

"Dass wir eine stabile Regierung, eine gesunde Wirtschaft, eine neue soziale Ordnung in einem gesicherten Privatleben aufrichten".

Wenige Tage später, am 15. September 1949, wurde mit einer Stimme Mehrheit - seiner eigenen - Dr. Adenauer zum ersten Bundeskanzler gewählt. Wieder fünf Tage später erläuterte er, wie die Bundesregierung das von Alterspräsidenten Löbe angestrebte Ziel zu verwirklichen gedenke.

Nach sieben Jahren ist es wohl angebracht, zu untersuchen, ob die von Löbe aufgestellten Ziele erreicht worden sind.

Eine stabile Regierung haben wir in den ersten sechs Jahren der neuen Bundespolitik wohl gehabt, wemgleich sie mehrfach in Gefahr geriet, Stabilität mit autoritären Neigungen zu verwechseln. Im siebenten Jahr allerdings ist es mit der Stabilität nicht mehr weit her, denn zwei ehemalige Koalitionspartner befinden sich heute in der Opposition und die Regierung wird, wenn man von ihren Anhängseln absieht, praktisch nur noch von einer Partei getragen, deren zur Zeit noch zahlenmässig parlamentarisches Übergewicht Stabilität nicht mehr vortäuschen kann.

Bei der wirtschaftlichen Bilanz wäre es töricht, wenn man leugnen

wollte, dass im Vergleich zur Vorwährungszeit beträchtliche Fortschritte erzielt worden sind. Wer das wollte, würde der Arbeit und der Mächtigkeit des deutschen Volkes ein schlechtes Zeugnis abstellen. Von einer gesunden Wirtschaft zu sprechen wäre übertrieben. Gerade die Auseinandersetzungen der letzten Monate haben nur zu deutlich gezeigt, wie krisenanfällig unsere Wirtschaft sein kann, der es gerade zur Zeit an einer richtungweisenden Hand in der Wirtschaftspolitik fehlt. Bei allem Aufbau hat es die Wirtschaftspolitik in den letzten sieben Jahren noch nicht vermocht, die Ergebnisse dieser Arbeit gerecht zu verteilen. Protziger Wohlstand auf der einen Seite und oft bittere Armut auf der anderen sind auch heute noch die Kennzeichen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik.

Am trübsten bestellt aber ist es mit der neuen Sozialordnung. Sie wurde oft versprochen, aber erst gerade in diesen Tagen beginnt man ein Teilstück - Neuordnung der Altersrenten - ernsthaft zu beraten und selbst das ist nicht Verdienst der Bundesregierung, sondern des sozialdemokratischen Gesetzentwurfes, der die Bundesregierung veranlasst hat, auch ihrerseits aus der Lethargie der sieben Jahre zu erwachen. Sieben Jahre Sozialpolitik haben bisher leider nur zur Bilanz, dass es auch heute noch Hungerrenten und Fürsorgeleistungen unter dem Existenzminimum gibt. Nicht ein einziges Gesetz zur Verbesserung der Renten hat die Bundesregierung aus eigener Initiative vorgelegt, sondern immer war es die sozialdemokratische Bundestagsfraktion, die durch ihre Vorlagen den Anstoss gab.

Diese Haltung aber nahm eine Bundesregierung ein, deren Bundeskanzler in seiner ersten Regierungserklärung versicherte, dass das Streben nach sozialer Gerechtigkeit der oberste Leitstern der gesamten Arbeit der Bundesregierung sein werde.

Aber auch auf wichtigen Teilgebieten sind in den sieben Jahren die Versprechungen nicht eingehalten worden. In September 1949 versicherte Dr. Adenauer, dass man besonders den Mittelstand festigen und fördern wolle. Diese Versprechungen blieben Schall und Rauch. Die Landwirtschaft und die Heimatvertriebenen haben ebenfalls in den sieben Jahren feststellen müssen, dass viel versprochen, aber wenig gehalten worden ist.

Das grösste Minus aber bleibt, dass die Politik der Bundesregierung

die wichtigste deutsche Frage, nämlich die Wiedervereinigung, in eine Sackgasse geführt hat. Wie anachronistisch klingen heute die Sätze Dr. Adenauers in seiner zweiten Regierungserklärung am 20. Oktober 1953, dass es keinen anderen Weg zur Wiedervereinigung gibt, als den durch die europäische Integration, durch EWG und NATO. Heute weiss jeder-mann, dass diese Behauptung bereits von der Geschichte gerichtet ist.

Noch ein Jahr, dann wird am 7. September - der Wahltermin steht noch nicht fest - bereits ein neuer Bundestag gewählt sein oder der Wahlkampf auf vollen Touren laufen. Noch mehr als in diesem Jahr wird dann das deutsche Volk Gelegenheit haben, selbst Bilanz zu ziehen.

* * *

Kleider machen Funktionäre

KJ. Das Parkower Volksbildungsministerium ist böse auf das "Institut für Bekleidungskultur", weil es sich, ohne dazu aufgefordert worden zu sein, mit der Modellentwicklung für eine einheitliche Schulkleidung befasst hat. "Die Tatsache, dass z.B. in der Sowjetunion das Tragen einer einheitlichen Schulkleidung üblich ist, kann kein Grund dafür sein, auch bei uns diesen Weg zu beschreiten", heisst es in der offiziellen Erklärung.

Also keine Uniformen für die Schulkinder - die Väter und Mütter drüben werden aufstehen. Die "Jungs Welt", Funktionärsorgan der FDJ, hat im Zeichen der sowjetzonalen Auflockerungen gleichfalls einige Attacken gegen den tierischen Ernst mancher Funktionäre geritten und findet, dass sich eine Funktionärin ruhig schrinken und die Nägel lackieren soll. "Ein Mädchen mit Pferdeschwanz-Frisur kann vielleicht sogar vorteilhafter aussehen", heisst es u.a. Mit dem Volksbildungsministerium sind sich die FDJ-Funktionäre einig geworden, dass das "Institut für Bekleidungskultur" hübsche Kinderkleider anstelle der Schul-Uniformen zusammenschneiden soll.

Elli Schmidt, kürzlich rehabilitiertes ZK-Mitglied, ist dabei, den weiblichen FDJ-Mitgliedern geschmackvollere Blusen und den "Jungen Pionieren" gefütterte Windjacken für den Winter zu entwerfen. Bei den einen soll der schwarze Rock und bei den anderen die schwarze Hose grau werden. An den Uniformen der FDJ-Mitglieder ändert sich also nur wenig, und weil der Dienst eine sehr ernste Sache ist, geht augenblicklich die Diskussion auch um die Einführung von Rangabzeichen. Ob das auch zu den Bemühungen gehört, die persönliche Note in den FDJ-Habitus zu bringen, muss man freilich sehr bezweifeln. Ein Mädchen mit "Pferdeschwanz", das eine manikürte Hand an die Mütze legt, gefällt uns genau so wenig wie eins mit Einheitsfrisur ohne Grußpflicht.

* * *